

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Tageblatt Riesa.
Gesetz Nr. 20.

Amtsblatt

Postleitzettel: Leipzig 21368.
Girokarte Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 18.

Dienstag, 22. Januar 1918, abend

71. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranzezung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserlichen Postanstalten vierjährlich 8 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gemüse für das Schreiben an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundfläche (7 Silben) 25 Pf., Oktopress 20 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entscheidend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tische. Bewilligte Rabatt erhält, wenn der Betrag verlastet, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Berechtigte Unterhaltungsstelle: Gräbler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Sitzungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Belastung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Reklamation: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigentitel: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Böfelsalz betreffend.

Die Königliche Amtshauptmannschaft ist in der Lage, den Bezug von Böfelsalz, welches zur Salzarmierung der aus den Haushaltungen gewonnenen Fleischvorräte erforderlich ist, zu vermitteln.

Etwas Bedarf ist sofort bei den Gemeindebehörden anzumelden, diese haben die Bestellungen gesammelt bis:

Montag, den 29. Januar 1918

bei der Königlichen Amtshauptmannschaft eingureichen.

Der Preis beträgt 26,35 Mark für 100 Kilo, Brutto für Netto, ausschließlich Sack, ab Dresden, netto Kasse ohne Abzug.

Großenhain, am 21. Januar 1918.

1 g.v. Königliche Amtshauptmannschaft.

Befüllung der Obstbaumsschädlinge.

Die Winter- und Frühjahrsszeit ist deshalb zur erfolgreichen Bekämpfung der Obstbaumsschädlinge besonders geeignet, weil infolge des blätterlosen Zustandes der Bäume die Brut der schädlichen Schmetterlinge leicht sichtbar ist.

Zu den leichten gehören insbesondere:

- 1) der Goldbaster, dessen Nachwuchs in Form kleiner Raupen in zusammengepflanzten und deshalb in die Augen fallenden dünnen Blättern an den Zweigen überwintert,
- 2) der Ringelwimmer, welcher seine Eier perlchnürenartig in 14 bis 16 leicht sichtbaren Reihen um dünne Zweige legt, und
- 3) der Schwammwimmer, welcher seine Eier an Obstbäumen, Mauern und Bäumen in daumendicken, feuerschwammähnlichen braunen Bildern ablegt.

Der neue Polenkurs.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Montag die erste Lesung des Haushaltplanes beendet und den Staat mit den dazu gehörigen Anträgen an die Haushaltssommission zur weiteren Beratung überwiesen. Das Hauptstück der Montags-Sitzung war eine Rede des preußischen Innenministers Dr. Drews über den neuen Polenkurs. In Beantwortung einer der Form nach gemäßigten Rede des Polenführers von Trambachsni stellte der Minister den Grundzusatz auf, daß Preußen ein einheitlicher deutscher Staat sei, der unter allen Umständen seine inneren Angelegenheiten selbst zu regeln habe. Internationale Schiedsgerichte könnten nur bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen selbständigen Staaten eingreifen, nicht aber bei Regelung der inneren Verhältnisse eines einzelnen einheitlichen mündigen Staatswesens. Deshalb seien auch die Befreiungen der feindlichen Staatsmänner von vorherhin und auf das Entschiedenste abzumachen, die unter dem Schlagwort der Beteiligung des Militarismus in die inneren Angelegenheiten Preußens und Deutschlands sich einmischen wollten. Das österreichische Nationalitätenrecht habe nach den Erfahrungen dieses Krieges sicherlich nichts Verlockendes für uns und sei schon um so weniger nicht auf unserer Verhältnisse übertragbar, weil Preußen kein Nationalitätenstaat, sondern ein Einheitsstaat sei. Die preußische Regierung wolle ihr Vertrachten, den Polen mehr als früher entgegenzunehmen, ehrlich halten, vorausgesetzt, daß die Polen jeden Gedanken an eine Verteilung von Preußen, sei es auf dem Wege der Autonomie der preußischen Ostprovinzen oder mit Hilfe des kommenden internationalen Friedensvertrages abwenden. In der Hand des polnischen Bevölkerung selbst liege es also, welche Lust in Zukunft in der Ostmark wehen solle. Der Schutz des Deutschen in den gemischtsprachigen Grenzgebieten sei freilich noch wie vor unerlässlich und widerstreiche auch nicht im mindesten einer guten und gerechten Behandlung der Polen. Die polnischen Abgeordneten ließen auf diese Rede des Ministers später erklären, daß sie keineswegs mit ihr einverstanden sein könnten, aber bei den anderen Parteien fanden die Ausführungen vom Ministerstisch allgemeinen und lebhaften Beifall.

Von den Kriegsschauplätzen.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Im großen Ganzen verharren die engverstrickten Heeresmassen im Westen und in Italien noch immer in ihrer schwatzzenden Unfähigkeit, und noch immer läßt es sich nicht übersehen, wann sie erneut in Bewegung geraten werden. Nur daß eine darunter wohl aus der Beurteilung der Gesamtlage heraus ohne Gefahr eines großen Irrtums gelagert werden, daß dieser Zeitpunkt einmal eintreten wird. Während die Dinge im Osten allmählich dem Frieden entgegenseilen und die glücklichen Verhandlungen mit der Ukraine einen Marsch auf dem Siegeswege des Friedens bilden, liegen sie im Westen umgedreht. Nicht Frieden, sondern neuer Kampf ist dort die Sphäre der Zeit, und erst aus dem Waffengescheit, in dem die letzten Hoffnungen unserer Feinde zerbrochen zu Boden sinken, wird endlich auch dort der Frieden, den wir wünschen, sich strahlend erheben.

Was jetzt dort, im Westen wie in Italien, geschieht, sind Blümchen und nur insofern Vorbereitungen auf das, was kommen wird, als beide Gegner sich aufmerksam umsehen, keine Schwäche und keine Stärke des Gegners aus dem Auge lassen. Aus dieser gewannen Beobachtung können sie und da auch größere Kampfschlächte entstehen.

In Mazedonien liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Der Feind hält sich auf weiteren äußersten rechten Flügel, im Skumbiale, ziemlich zurück. Im Czernabogen, in der Gegend von Paralovo, steigerte er zeitweise sein Feuer.

In Palästina haben die Engländer nach längerer Pause am 18. Januar nördlich El Bire einen neuen Versuch zum Vorgehen gemacht, sind aber durch einen Gegen-

Die Vernichtung geschiebt am besten durch Abschneiden oder Abkratzen und Verbrennen des Aballes.

Über die vorgenannten Obstbaumsschädlinge hängen im Rathaus, Mittelbau, I. Stockwerk, drei vorzügliche Anschauungstafeln mit entsprechenden Erläuterungen zu jedermanns Ansicht aus.

Zu schützen dagegen sind die in geringen Zusammengesetzten Mengen häufig zu findenden, länglichen, nur 2 bis 3 Millimeter langen, seidenartig glänzenden Cocons, die die Larven nützlicher Schlupfwespen beziehentlich Johnenimiden enthalten.

Die Besitzer von Obst- und Fruchtbäumen werden im Hinblick auf das obwaltende wirtschaftliche Interesse an der Befüllung der genannten Obstbaumsschädlinge angewiesen, ungesäumt auf ihren Grundstücken die erforderlichen Vernichtungsarbeiten vorzunehmen.

Etwas Säumigkeiten in dieser Richtung werden nach § 368 Nr. 2 des Reichs-Strafgesetzes mit Geld bis zu 60 Pf. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Januar 1918.

G.

Ausgabe von Gierbezugskarten, Seifenkarten und Landeskettkarten.

Die Ausgabe der neuen Gierbezugskarten, Seifenkarten und Landeskettkarten erfolgt Sonntag, den 24. Januar 1918, vormittags 8—12 Uhr in den bekannten Lebensmittelkarten-Ausgabestellen.

Hühnerhalter und diejenigen Personen, welche fr. St. rote Gierkarten zum Gesamtbezuge der Gier erhalten haben, erhalten keine Gierbezugskarten.

Die spätere Ausgabe vorgenannter Karten an Ratsstelle kann nur gegen Bezahlung einer besonderen Gebühr erfolgen.

Der Rat der Stadt Riesa, den 22. Januar 1918.

Ghm.

Das Dezember-Ergebnis des U-Boot-Krieges.

Mit Berlin, 21. Januar. (Amtlich.) Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 000 B. M. t. des für unsere Feinde unzutreffenden Handelsflottentraumes vernichtet worden. Damit erhöht sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten Ubootkrieges auf 8 958 000 Brutto-Register-Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Das monatliche Verlustziffernbericht, mit dem das Jahr 1917 abschließt, ist in mehrfacher Hinsicht besonders befriedigend.

Es stellt sich um etwa 100 000 Bruttoregistertonnen höher, als das des Monats November und übertrifft auch dasjenige des September und Oktober noch um rund 30 000 Tonnen.

In folgender Berechnung soll der Versuch gemacht werden, einen zahlenmäßigen Gradmesser für die militärische Leistung unserer U-Boote für die vergangenen 11 Monate zu finden. Es muß vorweg ausdrücklich betont werden, daß der Wert der Prozentzahlen nicht in ihrer absoluten Höhe, sondern in ihrem Verhältnis zueinander zu suchen ist. Nehmen wir an, daß ein Drittel des auf England, Frankreich und Italien zusammenfallenden Schiffstraums, und zwar des gesamten sowohl für die bürgerliche, wie die militärische Versorgung, — für die letztere ist etwa 35 Prozent des Gesamtschiffstraums zu rechnen, die sich dauernd im Sperrgebiet befindet, eine Annahme, die gegenüber der Wirklichkeit ansellos zu hoch gegriffen ist, so erhält man folgende Prozentziffern des Verlustziffernberichtes von dem hier nach vorstehender Annahme im Sperrgebiet befindenden Schiffstraum:

Monat 1917	Schiffstraum im Sperrgebiet		Mittel der Seefahrtsleitung
	Seefahrtsleitung (Tonnen)	Brutto-Register-Tonnen	
Februar	8 217 000	781 500	9,5
März	8 125 000	885 000	10,9
April	7 958 000	1 091 000	13,7
Mai	7 817 000	869 000	11,1
Juni	7 667 000	1 016 000	13,3
Juli	7 508 000	811 000	10,8
August	7 367 000	808 000	10,9
September	7 200 000	672 000	9,3
Oktober	7 058 000	674 000	9,5
November	6 900 000	607 000	8,8
Dezember	6 733 000	702 000	10,4

Eine ähnliche englische Statistik, dies sei hervorgehoben, kommt auf höhere Ziffern. Der Verlauf der Prozentzahlen und die Höhe des Dezember-Ergebnisses zeigt, daß trotz der Abnahme des Verkehrs, der erheblichen Verstärkung der Gegenwart, der Ungunst der Jahreszeit und der Verkürzung der Dicke des Verkehrs infolge Geleitzugsbildung die militärische Leistung, die in der Prozentzahl der Verlustziffer zum Ausdruck kommt, sich nicht vermindert hat. Eines vor allem noch kann man schließen, daß die nicht ohne Grund mit so viel Lärm in die Defensive hinausgetragenen Behauptungen des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, man sei der U-Bootgefahr geworden, die Abwehrmaßnahmen hätten nun mehr den erwarteten Erfolg gehabt, die Verluste der deutschen Flotte an U-Booten seien ungeheuerlich gewesen, einfach aus der Luft geprägt sind, um im eigenen Lande zu beruhigen und in Deutschland bei den wenigen, die nicht oder nicht fest an den Erfolg des U-Bootkrieges glauben, Mutlosigkeit und Zweifel zu erwecken, und den Gedanken der Aufgabe dieses gegen England einziger verbliebenen Kriegsmittels, den man von Seiten unserer Feinde auch auf dem Wege über das neutrale Ausland zu fordern sucht, in dem deutliche Worte hineinzutragen.

Die den Tatfällen so offen widersprechende Ausstreuung englischer Staatsmänner beweist von neuem, wie schwer England die "U-Bootgefahr" empfindet und daß die führenden Staatsmänner unserer Feinde diesem Kriegsmittel selbst entscheidenden Wert beilegen.

Die Friedensbereitschaft Österreich-Ungarns.

Aus Wien wird gemeldet: Bei einer Beratung einer Abordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident v. Seidler, es sei der feindliche Bund des Kaisers, sobald wie möglich, den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden. Sei zur Zeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so falle die Verantwortung dafür auf die Untertanen, die alle wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen hätten. Dessen ungeachtet halte die Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und Schiedsgerichte bildeten dazu nach ihrer Überzeugung die geeignete Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der k. und k. Regierung angestrebt würden, so würden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Polens werde es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen sollte. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete müsse die k. und k. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an mehreren Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten Verhältnisse Rußlands die Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden könnten, doch werde bei gutem Willen auf beiden Seiten höchstens ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können, da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen sich von seinen eigenmächtigen Absichten leiten lasse und bereit sei, den russischen Wünschen soweit entgegenzukommen, wie die österreichisch-ungarischen Interessen es gestatten. So hegt der Ministerpräsident das vollständige Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freiwillig zu unterrichten und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung in die auswärtige Politik zu erlangen. Zum Schluß wies der Ministerpräsident auf die am Sonnabend veröffentlichte Erklärung des Ministers des Äußeren Grafen Czernin hin.

In längeren Ausführungen legte sodann der Ministerpräsident die Maßregeln dar, welche die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen habe, und teilte mit, die Regierung sei fortgekehrt mit allem Nachdruck und bestmöglich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit den ungarnischen Regierung und den Verbündeten die Ernährungsverhältnisse in einverständlichem Zusammenwirken zu verbessern. Hierauf machte der Minister des Äußeren Graf Toggenburg Mitteilungen über die geplante Reform des Gemeindewahlrechts.

Eine weitere Meldung besagt: Die österreichische Regierung erklärte sich bereit, die sozialdemokratische Forderung in der Ernährungsfrage nach Einschränkung des Privilegs der Selbstversorger anzunehmen, die Demobilisierung des Gemeindewahlrechts mit Frankenwahlrecht zu fördern und ferner die Militarisierung der Kriegsbetriebe aufzuheben. Nach dieser Verständigung mit den Arbeitern wurde die zum Teil eingeführte Arbeit wieder in allen Betrieben aufgenommen.

Das Wiener A. K. Telegr.-Büro teilt zu den Gerüchten über den Rücktritt des Kabinetts Seidler mit: Nieber den Rücktritt des Kabinetts Seidler ist hier nichts bekannt.

Weitere Ausführungen Lloyd Georges.

Wie schon gestern berichtet, hat Lloyd George vor den Delegierten der Trade Unions eine Rede gehalten und mehrere Fragen beantwortet. Nach einem weiteren Bericht führte er hierbei zur Frage der internationalen Konferenz noch aus: Es sei viel besser, daß die Arbeiter zuerst die Ansichten ihrer eigenen Regierung umstimmen. Die

englischen Arbeiter sollten das mit Ihrer Regierung tun und insbesondere mit seiner Regierung. Ein Delegierter fragte, ob die Regierung ebensolche Mittel gebraucht habe, ihre Vorschläge den Mittelmächten zu unterbreiten, wie diese ihrerseits. Lloyd George antwortete, die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung Frieden schließen würden, wenn irgend eine begründete Aussicht bestände, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ebensofort wären. Frieden zu schließen. Es ist Aufgabe der Regierung, auf Entbedingungen auszugehen. Wir wachen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird. Leider muß ich sagen, können wir nichts anderes entdecken, als völlige Verbärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen.

Ueber den Ausdruck der Freiheit der Meere fragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gern wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie Befreiung von den U-Booten oder Nahrungserzeugung dieses Landes? Wir müssen uns aber sorgfältig vor jedem Versuch einer Störung unseres Küstenverkehrs hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schiffahrt. Ein Delegierter fragte: Ist der Premierminister willens, angesichts der erklärten Einstimmigkeit der Alliierten mit den Kriegszielen dieser Versammlung zu erklären, daß Schritte unternommen wurden, um die Kriegsziele Amerikas und der Alliierten zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengestellt werde. Lloyd George antwortete: Wir hofften auf der großen Konferenz in Paris, die vor etwa 2 Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Die Vertreter der russischen Regierung fanden berüber. Ueber hier erreichte sie das Verhängnis. Es war ganz unmöglich, eine Koordinierung der Kriegsziele der Alliierten in Abwesenheit von Vertretern der russischen Regierung zu versuchen. Das war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht begannen. Konstantinopel war eines der Probleme. Wir hätten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können. Ich gebe zu, daß eine neuere Zusammenkunft wünschenswert wäre, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und mir dargelegt wurden, irgend ein Zwischenbestimmt. Ueber bisher herrschte nur völlige Unebereinstimmung. Ein Delegierter fragte: Will Lloyd George erklären, was er unter „Rekonföderation der Stellung Elsah-Vorbringen“ verstehe.

Lloyd Georges antwortete: Elsass-Lothringen war für die Franzosen 40 Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser Zeit nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt, bis diese Frage ein für allemal erledigt ist, und daß diese Angelegenheit beschleunigt werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Reihe von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet. Die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizutreten. Ein Delegierter fragte: Ist es das französische Volk oder das Volk Lothringens, das über seine Lage klagt. Lloyd George antwortete: Ein sehr beträchtlicher Teil der elsass-lothringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewaltsam exprobiert. Einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben. Wenn ihr die wirkliche Bevölkerung von Elsass-Lothringen nehmst, so besteht kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrzahl für die Rückkehr unter französischer Flagge ist. Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle einer Erzielung eines Abkommens, wie es von ihm angekündigt wurde, die militärische Dienstpflicht ohne Vergütung in England rückgängig gemacht würde. Lloyd George antwortete: Ich hoffe es. Wie kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen. Aber mußt ihr in allen Ländern ein Ende machen.

Außer der Feststellung, daß „Freiheit der Meere“ ein höchst elastischer Begriff ist, interessiert und am meisten, was Lloyd George über die sogenannte „ellässische Frage“ gesagt hat. Wenn diese „Frage“ nicht ein für allemal geregelt würde, bliebe sie in alle Ewigkeit der Nährboden künftiger Kriegsgefahren. Ganz richtig! Wenn das Reichsland jetzt wieder unter die französische Hand zurückgegeben würde, dürften wir Deutschen nicht ruhen, bis ein neuer Krieg unsere verfaßte nationale Ehre wieder hergestellt hätte. Eine Schraube ohne Ende würde entstehen, und das nachbarliche Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen genau so vergiftet bleiben, wie es in den letzten Jahrzehnten gewesen ist. Ein für allemal muß der Streitpunkt aus der Welt geschafft werden und zwar, indem Frankreich endgültig seinen Anspruch aufgibt, ein urdeutsches Land beherrschten zu wollen. Herr Lloyd George glaubt sich nämlich über die politischen Verhältnisse im Elsass durch einen gelegentlichen Reiseausflug dorthin unterrichtet zu haben; bekanntlich schon ganz im allgemeinen eine recht fragwürdige Art, den Charakter von Land und Leuten zu erfahren. In einem Grenzwirtshause auf der französischen Vogesenseite hat man ihm erzählt, daß allsonntags Deutschsäßer berücksichtigen, um den Feiertag auf französischer Erde frohsinniger zu genießen! Das soll als Zeugnis gelten für die Gesinnung der großen Mehrheit, die weiter ab vom Bereiche der französischen Propaganda wohnt! Solcher Oberflächlichkeit bei Urteilsbildung sollte sich eigentlich ein englischer Minister schämen! — Zugleich freilich möchten wir aus einem Beispiele, die Franzosen sollten entscheiden, auch einen heimlichen Wunsch herauszuhören, daß diese ihren Verbündeten den Weg zum Frieden doch durch Nachgiebigkeit erleichtern möchten. Aber mag es so oder so gemeint sein: nicht die Franzosen haben zu bestimmen, was aus dem Elsass werden soll. Für uns existiert nun einmal keine „ellässische lothringische Frage“.

Die Lage in Südgland.

Befreiungsgelder. Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht eine große Reihe von Einzelheiten über die ungeheuren Summen von Befreiungsgeldern, die die zaristische Regierung an rumänische Politiker und Journalisten gezahlt hat.

Ein Funkspruch der Petersburger Regierung. Die Petersburger Regierung verbreitet folgenden Funkspruch: Petersburg, d. 19. Januar 1918. Gestern am 18. Januar wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Die Versammlung hat der Genosse Sverdlow eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Teischnow gewählt. Der Genosse Sverdlow schlug im Namen des Zentral-Vollzugsausschusses der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Rate der Volkskommissare veröffentlicht würden, bis zur Aklärstellung der Besiedlung der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte anzuerkennen. Die Mitglieder der konstituierenden Versammlung und zwar die der bolschewistischen und der linken sozialrevolutionären Fraktion verliehen den Sitzungsraum. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Kundgebungen statt. Die Soldaten, Arbeiter und Matrosen haben an den Kundgebungen nicht teilgenommen. In Petersburg wurde ein marinerevolutionärer Ausschuss gebildet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Matrosen und die Soldaten der Roten Garde aufrechterhalten. Der Vorsitz der politischen Abteilung, Kryschlow.

Merkblätter zum Wahlkampf der Sozialdemokratie. Der Wetterber-

ger Berichterstatter des „Corriere della Sera“ brachte, daß hunderte von Verhaftungen vorgenommen wurden. In verschiedenen Stadtteilen haben Straßenkämpfe mit Gewehr- und Maschinengewehrfiret begonnen. An mehreren Stellen wurden bereits Baracken errichtet. Einige von Kremlstadt eingetroffene Kriegsschiffe griffen in den Kampf ein. Laut Meldung der „Daily News“ aus Petersburg vom 18. do. Wts. läuft das Gericht, daß Samtso, Silchenko und Rezenski, die bisher bei Kaledin waren, nach Petersburg zurückgekehrt seien. In der ganzen Stadt herrschte eine eigenartige Spannung, wie sie auch vor den früheren Unruhen wahrgenommen war.

Eine Unterredung mit Buddhaen.

Ein Vertreter des Reuterschen Bureaus hatte eine Unterredung mit Buchanan, dem britischen Botschafter in Russland, der auf Erholungsurlaub in London angekommen ist. Die Ausschaffung, daß der Botschafter wegen der Lage in Russland abberufen wurde, ist vollkommen unrichtig. Tatsache ist, daß Buchanan bereits vor einiger Zeit alle Vorbereitungen getroffen hat, um sich für kurze Zeit zu wohlverdienten Ruhe nach Hause zu begeben. Er kommt sich jedoch nicht entschließen, seinen Posten auch nur für kurze Zeit zu verlassen. Die fiktive dramatische Veränderung in der russischen Regierung und die verworrene Lage brachten ihn vielmehr zu dem Entschluß, doch ungeachtet der Unbequemlichkeiten und des harten täglichen Lebens weder er noch die Mitglieder seiner Familie Petersburg verlassen sollten. Guletz gestattete ihm die Entwicklung der politischen Lage fiktiv aus Urlaub nach Hause zu begeben. Buchanan sagte in der Unterredung: Die durch die Nahrungsmitteknappheit entstandene Lage ist sehr ernst. Natürlich belämen wir in den Gesandtschaften nicht das Schlimmste zu föhlen, denn die Behörden bemühten sich natürlich, diese Dinge dem diplomatischen Corps so rosa wie möglich erscheinen zu lassen. Aber selbst für die Gesandtschaften waren viele Dinge während der letzten Monate nicht an haben. Die Dinge sind so schlimm geworden, daß eines Tages gefährlicher Lebensmittelangst eintreten kann. Die allgemeine Ansicht ist, daß die Lebensmittel in einem Monat vollkommen ausgehen werden. Wenn eine Hungersnot eintritt, kann man eine Anarchie erwarten. In dieser Falle wird jedermann in Gefahr sein. Deshalb ist die Lage sehr ernst.

Was die politische Lage anbetrifft, so kann ich offenbar meine Ansicht in der öffentlichen Presse nicht vollkommen zum Ausdruck bringen. Hauptföchteste Tatsache ist, daß die Bolschewiki zweifellos Herren der Lage im nördlichen Russland sind, wenigstens gegenwärtig. Was die versiegunggebende Versammlung anbetrifft, so scheint es, daß die Sozialrevolutionäre gegenwärtig die Mehrheit haben. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Bolschewiki tatsächlich Macht haben und sie behalten wollen, selbst mit Gewalt, wenn dies notwendig sein sollte. Die bolschewistischen Lebhaben sind zweifellos über ganz Russland verteilt und finden besonders bei denen Russland, die nicht zu verlieren haben. Was die Zukunft Russlands anbetrifft, so will ich keine Vorauslungen machen, selbst wenn ich in der Lage wäre. Von einem bin ich überzeugt, Russland ist nicht am Ende angelangt. Ein so großes Land kann nicht ausgelöscht werden. Ich glaube, daß sein angeborener gesunder Menschenverstand das Volk befähigen wird, über alles hinwegzukommen. Für die Zukunft dieses großen Landes mit seinen unermöglichen Möglichkeiten ist nicht die Verteilung die Hauptföche, sondern das Wiederaufbau ein Bindeglied für die Zukunft. Darin vertraue ich auf das Land, in dem ich so viele Jahre zugebracht habe.

Weitere Kriegsnachrichten.

Das Bankguthaben des früheren deutschen Botschaftern in Amerika, Grafen von Bernstorff, in Höhe von 900 000 Dollars wurde von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt.

Agitation gegen den Papst. In Italien macht sich eine ständig wachsende Agitation gegen den Heiligen Stuhl bemerkbar. Die Angehörigen des Vatikans werden zu Spione gekempelt. Alles deutet darauf hin, wie Politiken schreibt, daß der Papst, falls das Garantiegesetz aufgehoben werden sollte, Rom verlassen werde, um seine volle Handlungsfreiheit zu bewahren.

Das morische Finanzgebäude. Das "Berner Tagbl." vom 18. d. M. bringt aus einem Privatbriebe folgendes zur Angelegenheit Caillaux: Private Nachrichten die ich erhielt, lassen den tieferen Grund der Treiberei gegen Caillaux ziemlich scharf erkennen. Die Hauptursache der Angriffe auf den ehemaligen Minister bildet die Furcht vor finanziellen Enttäuschungen, die er machen könnte. Das französische Finanzgebäude steht auf sehr schwachen Füßen. Es hat, wie übrigens auch im Verkehrswesen, überbaute eine heissoe Konfusion plazgegriffen mit kolossaler Verheimlichung der Finanzlage. Die politischen Agenten im Innern und Auslande machten sich zum Teil einer Art haarkräudigenden Geschäftsgebaßtung schuldig. Eine engere Interessenpartei sucht nun durch die Mittel der Verheimlichung und Konfusion den Zusammenbruch zu verzögern. In diesem ganzen System ist nun wie ein Blitzastrahl noch die bloße Aussicht auf den Staatsbankerott gefahren. Caillaux ist aber in der Lage, die Hauptschuldigen zu nennen. Die größte Haft sucht nun die Börsenwelt dubiose Papiere aller Art in den dummen neutralen Staaten abzusegen und hier rasch noch große Kredite zu verschaffen. Dazu bemerkte die Redaktion des Blattes: Schon jüngst sprachen wir uns mit Misstrauen gegen die Frankreich und Italien zu gewähren den Krediten aus. Die Politiker und Bankleute, die uns dieses üble Geschenk bringen, mögen zusehen, wie sie uns vor Schaden bewahren. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß immer mehr schweizerisches Kapital immobilisiert wird. Das wir von den Franzosen keine russischen Papiere nehmen werden, ist ja sicher, aber niemand weiß, wie die Sache ausgehen wird, und dann?

Sächsischer Landtag

1881. Dresden, 21. Januar

S zweite Kammer.
Am Regierungstisch Staatsminister Dr. Dietel, Gräfin Bigthum von Gstädt und von Seidenwitz. Nach Erledigung mehrerer Kapitel des Rechenschaftsberichtes erfolgte die Schlussberatung über Kapitel 32 und 33 des vorliegenden Staatsauskunftsblattes, Gesamtministerium Staatsrat sowie Kabinettskanzlei betr. Abg. Löhnen (Kons.) beantragt als Berichterstatter die Einstellungen nach der Vorlage zu genehmigen. Abg. Dietel (F. Vp.) bittet, bei den Personalanfragen der Beamten die Disziplinarstrafen nach einer gewissen Zeit zu streichen. Abg. Fräßdorf (Soz.): Seine Partei werbe Einstellungen für das Kapitel Gesamtministerium abzulehnen, weil die Regierung sich in steigendem Maße dem Willen und den Interessen des Volkes entgegenstelle. Die Kriegstreiber sünden bei ihrer Unterstützung. Redner weist sich gegen das bekannte Königstelegramm vom 8. Januar an den Vogtländischen Ausschuss für einen beseren Frieden, daß den Volksinteressen zuwiderrufe. Die Regierung, die solche Vorlagen einbringe, wie die Form der Ersten Kammer und die neue Landtagsordnung könne nicht länger die Unterstüzung der Volksvertreter finden. Staatsminister Dr. Dietel: Der vom Abgeordneten Dietel geäußerte Wunsch bilde bereits den Gegenstand von Empfehlungen des Ministeriums. Der Minister verma-

die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie den Börseninteressen entgegenstehe und die Kriegstreiberei unterstützen. Über das erwähnte Königstelegramm sei sein Vernehmen mit dem Gesamtministerium erfolgt, sondern es habe lediglich eine Bekanntmachung des Königs mit dem Minister des Innern stattgefunden. Über das Gesamtministerium teile völlig die in dem Telegramm zum Ausdruck gebrachte Siegeszuversicht des Königs. Staatsminister Graf Bismarck von Essentz: Das Königstelegramm habe ihm vorgelegen und sei mit seinem Wissen abgängen. Obwohl eine verfassungsrechtliche Verantwortung nicht notwendig sei, übernehme er doch für das Telegramm, sowie für den späteren Panzerkampf die volle staatsrechtliche

wie nur den späteren Anstrengungen die volle haftbare
liche Verantwortung. (Beifall.) Die Regierung verwarf
lich gegen den Vorwurf, Annexionspolitik zu treiben, eben-
so aber auch gegen das Ansinnen, sich auf eine Politik des
Verzichts festzulegen. Sie wolle einen auf ehrlicher gegensei-
tiger Verständigung beruhenden Frieden. Abg. Posern
(Natl.): Die Regierung möge dafür sorgen, daß die wirt-
schaftlichen Interessen Sachens bei den Friedensverhand-
lungen im Osten nachdrücklich gewahrt werden, wie es
von Seiten Bayerns geschehe. Staatsminister Graf Bie-
thum von Eichstädt: Der Enttäuschung des bairischen
Vertreters nach Brest-Litowsk liege eine Vereinbarung von
1871 zu Grunde, wie sie für Sachsen nicht bestehe. Neben
den Gang der Friedensverhandlungen werde die sächsische
Regierung ausführlich unterrichtet. An der Errichtung
eines deutschen Forschungsinstituts in Sachsen, wie sie
der Abg. Posern wünschte, sei nicht mehr zu zweifeln,
nachdem sich die Regierung zur Einstellung namhafter Mit-
tel bereit erklärt habe. Abg. Brodau (F. Vp.) tritt
hinlänglich der Kriegsziele und der Auffassung über das
Königstelegramm den Ausführungen des Abg. Fräßdorf
bei. Abg. Böschel (Natl.): Bei der günstigen militä-
rischen Lage müsse in den Friedensverhandlungen darauf
Rücksicht genommen werden, daß das Wohl des Deutschen
Reiches vorbere. Abg. Fleischner (Unabh. Soz.) schließt
sich den Ausführungen des Abg. Fräßdorf an und meint
zum Schluße: Dem Volke werde schließlich nichts anderes
übrig bleiben, als mit aller Macht sich gegen die bestehenden
Verhältnisse aufzulehnen. (Präsident Dr. Vogel rügt
diesen Appell an die Gewalt.) Staatsminister Dr. Voß:
Die Rede des Abg. Fleischner vom 27. November vorigen
Jahrs sei wenige Tage darnach vom Partei "Matin"
in dem Sinne ausgebeutet worden, wie er es damals vor-
ausgelegt habe. Der Minister verteidigt einem Vorredner
gegenüber den Besuch der sächsischen Minister bei dem
Austreten des Großadmirals von Tirpitz in der Dresdner
Birkusversammlung. Einem so hochverdienten Manne die
Land zu deulden, als er hierher kam, sei für die Minister
Ehrenflicht und Herzenschlag gewesen. Abg. Spiek
(Konf.) verteidigt die Vaterlandspartei gegen die erhobenen
Vorwürfe. Ihre Anstrengungen seien geeignet, den
Krieg zu verkürzen. Abg. Hettner (Natl.) schließt sich
dem Vorredner an und nimmt seine Partei gegen den Vor-
wurf der Unehrlichkeit in Schutz. Abg. Bär (F. Vp.) er-
hält gegen den ihm erteilten Ordnungsruf, den er wegen
wiederholter Zwischenfälle vom Präsidenten erhalten hat,
Einspruch. Das Haus stimmt der Berechtigung des Ord-
nungsrufes des Präsidenten mit allen gegen die Stimmen
der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Volkspar-
tei zu. Diese Abstimmung soll aber auf Grund der Land-
tagssordnung, auf die der Abg. Günther (F. Vp.) hin-
weist, in der nächsten Sitzung wiederholt werden. Abg.
Geffert (Natl.) tritt für einen Verständigungskrieg
und für eine Verständigung auf dem Gebiete der inneren
Politik ein. Abg. Brodau (F. Vp.) leugnet die Mög-
lichkeit eines Friedens, wie ihn die Vaterlandspartei wolle.
Abg. Sindermann (Soz.): Die sächsische Regierung
tue nichts, um die Verpflichtungen einzulösen, die im August
1914 von dem Kaiser und der Reichsregierung dem Volke
gemacht worden seien. Mit der Entschuldigung, die in der
Erreichung wirtschaftlicher Vorteile bestehen, erklärt Red-

net sich einverstanden.
Übg. Dr. Böhm (Vors.): Die ganze Ausdrache brehe sich eigentlich um den Friedensschluß der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli. Der Deutsche müßte sich vor seinen Vorfahren und seinen Enkeln schämen, wenn er auf die fortgesetzten Kompromissangebote unserer Gegner immer wieder nichts als Friedensangebote hätte. Heute sollte man lieber garnicht mehr von Stockholm reden. Damit ist nach 1/49 Uhr abends die Ausdrache über diesen Gegenstand geschlossen. Nach persönlichen Bemerkungen und sachlichen Richtigstellungen werden die Einstellungen bei den Kap. 32 und 33 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen bewilligt. Hierauf werden bei einer ganzen Anzahl Kapiteln des Rechenschaftsberichtes die vorgenommenen Überschreitungen nachträglich genehmigt. Werner werden die Einstellungen für Kap. 62 des ordentlichen Staatshaushaltswesens, Botanischer Garten und Botanik, Physiologische Versuchsstation zu Dresden, Kapitel 63 a, Landeswetterwarte, und Kap. 66, Eichwesen, ohne Ausdrache, nach der Vorlage angenommen. Schließlich steht zur Beratung der Fortschrittsliche Antrag, die Auskündigung von hypothetischen Schuldforderungen beizt. — Übg. Günther begründet seinen Antrag. Das Haus verweist den Antrag nach längeren Erklärungen des Ministerialdirektors Dr. Roscher und des Justizministers Dr. Nagel über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Vorberatung an die Gesetzesgebungsdéputation. Schluß der Sitzung nachts 2/41 Uhr. Nächste Sitzung morgen Mittwoch, mittags 12 Uhr: Staatshaushalt bei Staatsministerium.

Epoche Geschichte

Dentistisch. Niedr.

Der Kaiser zu der Hochwasserkatastrophe in Westdeutschland. Seine Majestät der Kaiser hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Freiherrn v. Rheinbaben folgendes Telegramm gesandt: Das schwere Unglück, das die Hochwasser der Maße über zahlreiche Familien in Kreuznach, Kiers und anderen Gemeinden gebracht hat, erfüllt mich mit wärmster und herzigster Anteilnahme. Ich habe veranlaßt, daß Ihnen zur Befriedigung der ersten Not 50000 Mark teleunfähig überwiesen werden. Zum übrigen sehe Ich Ihrem eingehenden Bericht baldigst entgegen. Sagen Sie den Betroffenen, wie herzlich Ich ihrer gedenke, zumal der Kriegerfamilien, die die schweren Tage ohne männlichen Schutz durchmachen mußten. Wilhelm, L.R.

Friedberg zum Bundesratobevollmächtigten ernannt. Wie der Reichsanzeiger meldet, wurde der Vizepräsident des Staatsministeriums Staatsminister v. Friedberg zu

Goldene Hochzeitsfeier des bayerischen Königspaares
König Ludwig und Königin Marie Therese von Bava-
riegen am 20. Februar das Fest der Goldenen Hoch-
zeit. Ihrem Wunsche entsprechend, soll die Feier mit Rücksicht
auf den Ernst der Zeit in einfachster Weise begangen
werden.

Deutschlands.

Die ungarische Heeresreform. Im ungarischen Abgeordnetenhaus stellte der Abgeordnete Balla eine Anfrage bezüglich der militärischen Reformen. Der Ministerpräsident Dr. Weitzer antwortete: Die Heeresreform besteht in der selbständigen Ergänzung und Verstärkung des ungarischen Heeres. Ohne die Verlängerung des Königs in die Debatte zu ziehen, könne er sagen, daß diese Reform von dem Wohlwollen Seiner Majestät beeindruckt sei, doch müsse man sich in politischer Hinsicht gewisse Müdigkeiten vor Augen halten. Der Redner versicherte schließlich, daß die Durchführung der Wahlreform durch die Willkür des Kaisers in keiner Hinsicht verzögert oder beeinträchtigt werde. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Neuere Nachrichten und Telegramme

vom 22. Januar 1918.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Der Reichskanzler wünscht, wie nach dem "Tatort," gestern Abend in parlamentarischen Kreisen als ganz sicher verlautete, am Donnerstag im Hauptauschub das Wort nehmend. Die Entscheidung darüber, ob sich an die Rede des Grafen Herrling eine Aussprache schließen wird, ist der Konferenz vorbehalten, die Herr v. Kühlmann heute mit den Parteiführern über die Vorgänge in Brest-Litowsk haben wird.

In der Beurteilung der Lage Russlands legen sich die Blätter große Zurückhaltung auf. Die "Freie Staatszeitung": Durch den Friedenswillen des russischen Volkes sind die Bolschewiks zur Macht gelangt, nicht um ihrer sozialistisch-kommunistischen Theorien willen.

Die "Germania" sagt: Die ukrainische Delegation wollte sich über verschiedene Fragen mit ihrer Regierung beraten. Es darf nicht übersehen werden, daß die Entente in Kiew und im ganzen neuen Staate unermüdlich am Schönen ist. Immerhin scheinen die Grenzfragen mit der Ukraine viel leichter zu lösen zu sein, als mit Groß-Rußland, das für Deutschland am nächsten in Betracht kommt.

Die "Voss. Sta." meint: Die Mehrheit der z. B. einigen parlamentarischen Föderiertheiten des gefallenen Russlands missbilligt die Art, wie die Bevollmächtigten der Bolschewiks über den Frieden verhandelt haben. Sie missbilligt sie, obwohl auch diese radikale Friedenspartei sich der Politik der Mittelmächte mit Energie widerstellt hat. Wir wissen nicht, wodin die Entwicklung in Russland führt; es ist anzunehmen, daß das Interesse der Ukrainer an den inneren Verhältnissen in Russland ihre Entschließung bezüglich eines Sonderfriedens mit den Mittelmächten um so wesentlicher zu beeinflussen vermag, je größer die Aufsicht wird, daß in den russischen Parteiverhältnissen eine den Wünschen der Ukrainer entsprechende Aenderung eintrete.

Über die englischen Lebensmittel Schwierigkeiten sagt laut "Voss. Sta." "Daily Telegraph": Am Sonnabend hatten viele Fleischverkäufer in London geschlossen. Das Werkend litt mehr, als die anderen Viertel, weil die Regierung am Abend vor 7000 gefrorene Schafe unter die ärmeren Volkschichten hatte verteilen lassen. Man erwartet eher eine Verschärfung des Zustandes als das Gegenteil.

Berichtet.

* Berlin. Neue U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 22000 B.R.T. Unter den versunkenen Schiffen, von denen die Mehrzahl tiefbeladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete Dampfer "Magellan" 6265 Tonnen mit Salpeterladung von Chile nach Frankreich festgestellt werden. Unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich 2 größere englische Dampfer.

Die erheblichen Verluste der französischen Handelsflotte spielen in den Kammerverhandlungen häufig eine Rolle. Der Vertragungsminister Boret erklärte jüngst, daß die Notwendigkeit bestehe, 36,7 Millionen Doppelzentner Getreide einzuführen. Vor dem Kriege brauchten nur in Not- und Kriegsjahren Brotgetreide eingeführt werden. Der ungeheure Unterschied ist hauptsächlich auf Verringerung der Anbaustärke, Mangel an Arbeitskräften und Düringemitteln zurückzuführen. Der Minister erklärte, daß er nicht ohne Besorgnis in die Zukunft sehe.

Eine erfolgreich durchgeführte Offensive der türkischen Seestreitkräfte.

Berlin. Am 20. Januar führten türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer "Sultan Sultans Selim" (früher Goeben), der kleine Kreuzer "Midilli" (früher Breslau) und Torpedoboot aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbroß festgestellt waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Güter schwer beschädigt und die englische Signalfestation von Neuvali zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer "Midilli" durch mehrere Unterwasserminen von Minen oder Untersetzen gesunken. "Sultan Sultans Selim" kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Nagara leicht fest; er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wird, durch schwere Beschädigungen auf Strand gelegt.

Der Streik in Österreich. (X Wien.) Der Streik ist gestern im großen und ganzen beendet worden; doch wurde die Arbeit nicht überall aufgenommen. Im Stadtteil Favoriten steht noch

Deutscher Generalstabsbericht.

(Königlich.) Großes Hauptquartier, 22. Januar 1918.

Weitere Kriegsdienstliche.

Deutschland von Brest-Litowsk war die Kampftätigkeit der Artillerie am Tage und zu einzelnen Nachtkämpfen lebhaft. Mit kleinen Abteilungen verluden die Engländer vergeblich an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen.

Um der übrigen Front blieb die Gefechtstätigkeit unverändert.

Deutschgruppe Preußische Kriegsberichte.

In den Argonnen, nördlich von Bourg-de-Baris, rückten französische Kompanien nach tagüber anhaltender Artilleriebeschuss am Abend gegen unsere Stellungen vor; sie wurden durch Feuer und im Nahkampfe abgewiesen.

Auf dem östlichen Frontabschnitt und in der Gegend von Alirey lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Östlicher Kriegsbericht.

Nichts Neues.

An der Italienischen und Italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der erste Generalauarbeitermeister: Ende des Kriegs.

alles im Streit, auch im Arsenal. Gestern sind die Wiener Zeitungen wieder erschienen.

(X Budapest.) (Ung. Telegr.-Korr.-Büro.) Der Ministerpräsident Dr. Weitzer empfing eine Arbeiterabordnung, die eine Denkschrift mit den Beschwerden der Arbeiterversammlung überreichte. Nach der Denkschrift wünschten die Arbeiter einen anregionsweiten auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Frieden, ferner daß der dem Abgeordnetenhaus unterbreitete Wahlrechtsentwurf unverändert verbleibt und das Haus aufgelöst werde, falls die Tisza-Wartel die Erledigung verhindern sollte. Außerdem wünschten die Arbeiter eine gerechte und billige Verteilung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen an die Arbeiter.

Der Ministerpräsident verwies bezüglich des Friedens-

schlusses auf die bekannten Erklärungen des Grafen Czernin und fügte hinzu, daß die ungarische Regierung die Friedenspolitik mit aller Kraft unterstützen, das aber Er-

gebnisse, wie der Streit, die Friedensverhandlungen erfüllt gefährdeten. Falls die Arbeiter das Zusammensetzen des Friedens wünschten, müßten die entstandenen Betriebs-

störungen sofort eingestellt werden. Über das Wahlrecht erklärte der Ministerpräsident wiederholte, daß die Regie-

rung mit ihm stehe und falle, und daß sie das Zusammensetzen des Gelebes möglichst beschleunigen werde. Falls das Wahlrechtsgesetz im jetzigen Abgeordnetenhaus keine Mehrheit erlangen könne, werde die Regierung an die Wähler appellieren. In der Lebensmittelfrage sei die

Regierung zu energetischen Maßnahmen entschlossen, um die genügende Versorgung mit Lebensmitteln durchzuführen.

Der Ministerpräsident schloß mit der Erklärung, daß er nicht unter irgend welchem Druck von außen Frieden schließen werde, daß aber die Regierung nunmehr die Rücksicht der Arbeiter zur Beschäftigung erwarte.

Der Huber der Arbeiterabordnung sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeit nunmehr in sämtlichen Betrieben aufgenommen werden würde. Am Montag früh wurde in vielen Werkstätten, in denen der Betrieb unterbrochen worden war, wieder gearbeitet.

Die österreichisch-ungarische Mitteilung über die Verhandlungen mit der Ukraine.

(X Wien.) Das R. und K. Telegraphische Korrespondenzbüro meldet unter dem 20. Januar aus Brest-Litowsk: Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Republik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeigt, daß begründete Hoffnung besteht, über die Grundlagen eines abweichenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Aussetzung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben einander zugestellt, sofort nach Abschluß ihrer Vereinbarungen in der Heimat nach Brest-Litowsk zurückzufahren. Die Vertreter der Ukraine befinden sich heute noch Kiew, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Der deutsche Staatssekretär v. Kühlmann reiste aus gleichem Grunde heute nach Berlin. Ob der Minister des Äußeren Graf Czernin in anbetracht seines leidenden Zustandes in der Lage sein wird, nach Wien zu reisen, ist noch unbestimmt.

Bruch zwischen der russischen und ukrainischen Friedensdelegation.

* Stockholm. Zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Bruch gekommen. In einer Erklärung der Russen heißt es, daß sich die ukrainische Politik auf geheime Übereinkommen und Verrat den demokratischen Interessen gründet.

Hindenburg an die Deutsche Vaterlandspartei.

* Berlin. Der Vorsitz der Deutschen Vaterlandspartei erhielt folgendes Telegramm vom Generalstabschef von Hindenburg: Großes Hauptquartier, 20. Jan. 1918.

In Erinnerung an die Kaiserproklamation am 18. Januar 1870 ist mir wiederum eine große Anzahl von Telegrammen aus Kreisen der Deutschen Vaterlandspartei zugegangen. Ich bin außerste, sie im einzelnen zu beantworten und bitte den Vorsitz, meinen Dank in entsprechender Form den Überlebenden ausdrücken zu wollen. Ich glaube mich umso mehr im Einverständnis mit dem

Doktor Steinberg stand auf und trat in den Schatten an die Brüstung der Veranda. Der Freund sollte das Lächeln nicht sehen, das ihm um die Mundwinkel zudeutete. Und es war ein bestiedigtes Lächeln.

"Aha!" dachte er, "meine Frau friegt doch recht! Na, mit um so lieber. Bisher war mir gar nicht wohl bei dem Gedanken."

IX.

Der nächste Tag war ein Sonntag, der Posttag in Broumov.

Wenn der Postbote richtig in Broumov eingetroffen war, muhte heute die Post kommen.

Dieser Augenblick wurde stets von allen europäischen Einwohnern mit Spannung erwartet.

Eine Stunde nach Mitternacht der Post klopfte die Glocke. Die Herren holten sich dann ihre Briefschäften selbst aus dem einfachen Postgebäude.

Auch Kurt Lohmann empfing ein ganzes Paket von Geschäftsbüchern. Darunter befand sich ein feiner, hellgrüner Umschlag. Die Aufschrift zeigte eine kleine Damenhandschrift.

Lange hielt er den Brief uneröffnet in der Hand. Sagte ihm die Handschrift denn nichts? Es waren die unausgesichtbaren, getrockneten Linten, die ausfahnen, als ob sie mit dem Geburtstag unserer Großeltern geschrieben waren.

Endlich öffnete er den Brief.

Seine Hand zitterte. Er las:

"Sehr geehrter Herr Lohmann!

Der Antrag ehrte mich sehr und kam mir nicht unerwartet, da mir der Mann meiner Tochter Else Steinberg schon von Ihrem Wunsche gesprochen hatte. Ich danke Ihnen für Ihren Brief, kann Ihnen aber heute noch keine bestimmte Antwort darauf geben. Solch ein Schritt will

Vorstand zu befinden, als ich hierdurch eine Belastung des Telegraphen, der in letzter Zeit durch Unfälle der Witterung ganz besonders in Witterungsbedrohung gegeben wurde, verhindern möchte.

Die Erfassung der Kriegsgewinne.

(X Berlin.) Der Unterstaatssekretär des Haupthaushofes des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit der Erfassung der Kriegsgewinne. Der Unterstaatssekretär Dr. Götzert stellte fest, daß Übereinkunft darin besteht, daß die Kriegsgewinne möglichst für das Reich in Anspruch zu nehmen seien. Weiter das Maß und die Weise zum Riege bestanden noch Meinungsverschiedenheiten. Auf Antrag des Bemerkens wurde beschlossen, dem Haupthaushof vorzuschlagen, die Kriegsgewinne scharf zu erfassen.

(X Wien, 21. Januar.) Der Minister des Neuherrn trifft heute Abend aus Brest-Litowsk hier ein.

Österreichisches und Südtirolisches.

Wien, den 22. Januar 1918.

* Auszeichnung. Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgesetzt wurde der Schlossmacher Gfr. Otto Füller, Sohn des pensionierten Oberstabschreiber Hermann Füller, Reutte; er ist bereits Inhaber der Friedens-August-Medaille.

* Der Verein für Wohlfahrtspflege im amtsbaudienstlichen Bezirk Großenhain hält, wie im amtlichen Teil der vorigen Sonnabendnummer des "Bl. Bekanntgegeben", am 25. Januar im "Sachsenhof" in Großenhain seine Generalversammlung ab. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch Frauen an der Versammlung teilnehmen können. Eine sehr wertvolle Bezeichnung erhält die Tagesordnung durch einen Vortrag des Herrn Professor Schobrey-Berlin über "Ländliche Wohlfahrt- und Heimatspflege". Der Vortragende ist als tatkräftiger und erfolgreicher Förderer der ländlichen Wohlfahrt- und Heimatspflege bekannt, seine Ausführungen dürften daher Aufklärung und Belehrung in reicher Fülle bringen.

* Die großen Heringsfänge. Eine Anzahl Zeitungen, auch wir, brachten die Tage eine Mitteilung, wonach im Skagerrak und Kattegatt große Heringsfänge stattgefunden hätten. Auf Anfrage wurde nun einer festen Fischhandlung vom Kriegsfischhandel "Elbe" in Hamburg mitgeteilt, daß es nicht unsere Fischampfer sein könnten, die in schwedischen und norwegischen Gewässern solche Fangen machen, dafür dürften wohl schon die Engländer fangen. Und was die Schweden und Norweger fangen, kommt bekanntlich nicht nach Deutschland.

In der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Südtiroler Industrieller fand eine einnehmende Ausprache über die Notwendigkeit der Einleitung von besonderen Maßnahmen zur Fürsorge für stillliegende Betriebe und die Möglichkeit einer baldigen Wiederbetriebsförderung derselben nach Friedensschluß statt. Der Berichterstatter zu diesem Punkte, Herr Dr. März, legte dar, daß die Stilllegungsmaßnahmen, die in einer großen Zahl von Industriegruppen nach sehr verschiedenem Systemen durchgeführt werden sind, von weitreichender Bedeutung für sehr viele der betroffenen Betriebe nicht nur während des Krieges, sondern auch für die Übergangszeit seien, ganz besonders dann, wenn man dazu übergeht, aus den stillgelegten Betrieben Betriebsmittel (Motoren, Maschinen, Treibstoffe, Kohlen usw.) herauszuleben, um sie den kriegswirtschaftlichen Zwecken weiterarbeitenden Betrieben zur Verfügung zu stellen. Der Gesamtvorstand beschloß, um ein genaues Bild über den Umfang der Stilllegungen und die davon bis dahin herauftretenden Folgen zu gewinnen, einen besonderen Ausschuß einzulegen, der aus Vertretern stillgelegter Betriebe aller betroffenen Industriezweige bestehen soll. Aufgabe des Ausschusses wird es ferner sein, in Verbindung mit den stillgelegten Betrieben zu treten, um deren Wünsche und Anregungen entgegenzunehmen und zu Anträgen zu verarbeiten, die den zuständigen behördlichen Stellen, sowie den Parlamenten überreicht werden können. Der Vorstand gab weiter die Erwartung Ausdruck, daß bei Fortsetzung der Stilllegungen die von der Generalversammlung des Verbandes aufgestellten Richtlinien unbedingt Beachtung finden, wonach Still- und Zusammenlegungen von Industriebetrieben einheitlich von einer Stelle unter gleichmäßiger Bezeichnung aller Landesteile und nur dann vorzunehmen werden sollten, wenn wirklich eine erhebliche Einsparung an Kosten, Transporten, Menschen usw. erzielt werden. Schon jetzt aber sei es nötig, alle Vorbereitungen derart zu treffen, daß den stillgelegten Betrieben nach Friedensschluß sofortiger Wiedereintritt in ihre Tätigkeit ermöglicht wird und sie in die Lage gesetzt werden, die durch Stilllegung etwa entstandenen Nachteile bestens ausgleichen.

* Die richtige Behandlung des beschlagnahmten Kanin-, Hasen- und Nagelfelle ist für Heeres- und Wirtschaftszwecke von grüterer Bedeutung. Die Felle müssen nach dem Abziehen möglichst sofort auf ein Holzspaltnetz oder einen Drahtspanner ausgezogen werden. Die Hinterpfoten müssen abgeschnitten und die anhaftenden Knöden- und Fleischstückchen entfernt werden. Sobald das Fell getrocknet ist, wird es gewogen und abgeliefert. Je nach Gewicht wird für das richtig behandelte Fell bis zu 1,80 Mk. gezahlt. Wer sich dieser leichten Mühe nicht unterziehen will, muß die Felle so stink als

doch überlegen sein! Bis jetzt lernen wir uns durch diesen Briefwechsel noch näher kennen. Bis dahin bin ich Ihre sehr ergötzte Manon.

Hamburg, im November 1906."

Das war alles? Das war die Antwort auf seinen Brief, in den er sein ganzes Herz, all seine heißen Wünsche und Hoffnungen gelegt hatte?

Diese abgebräuchte Nebensatz: "Ihr Antrag ehr mich sehr!"

Fast hätte Kurt Lohmann gelacht. Aber es wäre ein bitteres, schmerzendes Lachen gewesen.

Das konnte ihm dies Mädchen sein, das ihm solche nichtsagenden Worte sandte als Antwort auf seinen Brief.

Wochen hatte er darauf warten müssen. Wochen, die ihm schon so lange, so endlos lange gebauert hatten, die seine Ungebühr gern befüllt hätte.

Und nun?

Edite sie doch lieber geschrieben: "Ich kann mich nicht entschließen, darüber zu kommen."

Wer so hält sie ihn hin. Und er fühlt sich gebunden, mußte sich als anständiger Mensch dafür halten.

Ob er mal ehrlich und offen mit Alice über Ihre Schwester sprach? Ob er versuchte, sich darnach ein Bild von ihr zu machen?

Aber Alice wußte augenscheinlich nichts von seinem Plan. Und es war seltsam, jedesmal, wenn der Name Manon fiel, hatten sie wie in schweigendem Einverständnis das Gespräch abgebrochen. Sag es daran, weil er damals bei seinem ersten Besuch so ohne Umschweife mit der Tür ins Haus gesetzt war?

Gesetzgebung folgt

möglich an einen Händler über die Sammelstelle eines Gütervereins abliefern. Bleiben die Fälle längere Zeit unbehandelt liegen, so verbergen sie in Haar und Feder.

R.M. Hinweise. Die stellv. Generalkommandos XII. und XIX. A. K. haben unter dem 14. Januar 1918 eine Verordnung über Auskunftserteilung auf Grund von § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand erlassen. Danach wird die frühere Verordnung vom 5. November 1917 wesentlich eingefügt. Das Nähbare ergibt der in der Sächsischen Staatszeitung und mehreren anderen höheren Amtsblättern veröffentlichte Wortlaut der Verfügung.

Ministerielle Verordnung über das Wohnungsverfahren. Auf Anregung der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge hat das Ministerium des Innern am 3. Januar 1918 eine neue Verordnung über das Wohnungsnachweis erlassen. In ihr wird den Gemeinden die Erteilung des Wohnungsnachweises mit Meldezwang beigelegt empfohlen. Neben dem Erfolg soll bis 1. Juli berichtet werden. Von dem Ergebnis wird es abhängen, ob und inwieweit der gesetzliche Regelung der Wohnungsnachweise nähergezogen ist. Weiter werden die Gemeinden angehalten, den Bedarf von Baustoffen, gärten und arbeiten dem Ministerium anzugeben. Wegen der Geldbeschaffung erwartet das Ministerium, daß die Gemeinden die Hilfe der Landesfunktionsbank in Anspruch nehmen. Die Bereitstellung geeigneter Landes zu mäßigen Preisen, namentlich durch die Gemeinden, wird dringend empfohlen. Besonders wichtig ist die ministerielle Erklärung, daß jetzt schon in Sachsen eine Entlastung von Land zu Wohnungsmöglichkeit ist. Schließlich tritt das Ministerium für baldige Fertigstellung von Kleinwohnungsplanungen ein.

Zugelassung. Wie schon bekanntgegeben, werden zur besseren Bedienung des Güterverkehrs, wie auf allen deutschen Eisenbahnen, so auch in Sachsen vom 22. Januar bis einschließlich 4. Februar weitere Personenzugslinien eingezogen. Auf der Linie Chemnitz-Riesa-Ellerwerba treten folgende Änderungen ein: Schnellzug 78 Elsterwerda R. D. Ab. ab 3.28 nachm., Chemnitz Höf. an 5.22 nachm. Dafür führt der Personenzug 3442, Röderau ab 4.01 nachm., Chemnitz Höf. an 6.9 Uhr nachm. 2. bis 4. Klasse.

ED. Der Stiftung Heimatdorf sind von ungenannter Seite 3000 Mark zur Unterstützung ererbter Krieger überreichen worden. Für diese hochherige Zuwendung spricht die Stiftung dem unbekannten Spender ihren herzlichsten Dank aus.

Gröba. Dem Kanonier Richard Schäfer, Sohn des Fabrikmeisters Heinrich Schäfer, wurde das Eiserne Kreuz

2. Klasse verliehen. Er ist bereits Inhaber der Friedrich August-Medaille.

Vichtensee. Der Gefreite Bruno Stolle, Sohn des Wirtschaftsbüchers Gustav Stolle, erhielt zur Friedrich August-Medaille das Eiserne Kreuz 2. Klasse.

Dresden. Sonntag mittag stürzten in zwei Teilen Flügel eines Propellers von einem Flieger, der die Vorstadt Viechow überflog, auf das dortige Eisenbahn-Wohnenbaus, bzw. auf die Osterberg-Straße herab, ohne glücklicherweise jemanden zu treffen oder sonstigen Schaden anzurichten. Das Flugzeug soll kurz darauf ohne Propeller

gut auf dem Flugplatz Radib gelandet sein.

Dresden. Die Firma Hermann Bergfeld, Ult-

markt, die im Herbst 1915 mit Hilfe der Kriegskreditbank

für das Königreich Sachsen mit ihren Gläubigern einen

Bergfeld, Ulrich, soll sich seit längerer Zeit in neuem Bau-

ungschwierigkeiten befinden, deren Abwicklung abzuwarten

bleibt. Vorläufig ist das Geschäft geschlossen.

Altenburg. Wegen unerlaubten Verkehrs mit

französischen Kriegsgefangenen wurden drei junge Männer

von hier zu 6 Wochen bzw. 14 Tagen Gefängnis ver-

urteilt.

Bittau. Der 26-jährige Corporal Kamill Quaicher

aus Langenau in Böhmen war ohne Urlaub nach Hause

gefahren. Um im Reichsbahnhof der Bahnhofskontrolle zu

entgegen, wollte er in Verdonck austreten, erfuhr jedoch zu

süd, daß der Schnellzug in Verdonck nicht hält. Er wünschte

aus dem fahrenden Zug und blieb tot liegen.

Waldheim. Bei einem in Grünlichtenberg

wohnhaften Arbeiter der Metzgermeisterlichen Papierfabrik

in Kriebstein, der eines Treibriemenziehstahls verdächtig

war, wurde dieser Tage eine Haussuchung vorgenommen

und man fand eine ganze Wagenladung von Waren, die

er aus der Fabrik mit heimgekommen hatte. Treibriemen-

stücke, 15 Bentner Druckpapier, 36 Pfund Kernseife, je

1 Bentner Bindfaden, Leim und Rügel, 60 Pfund Be-

ment u. w.

Waldheim. Zu der Entdeckung des Mörders der

Tischschullehrer Dittmann führte folgender Vorgang: Am

Tage des Mordes wurde von der Bahnhofswirtin zu

Schweizershain ein Handschuh gefunden, dessen nähere

Untersuchung ergab, daß er aus der Ankunft Waldheim

stammte und von einem der in der Irrenabteilung schon

länger untergebrachten Straßlinge herrührte. Es wurde

ermittelt, daß der Straßling am Tage des Mordes mit

einem andern zusammen in Kleidung von einem

Pfleger ausgeführt worden ist. Sie fuhren mit dem Ver-

tonzug nach Schweizershain, trennten sich dort und

folgten verschiedene Wege ein. Der des Nordens verdeckte Mann ist in der Nähe der Zentralstelle geschnitten worden.

Unfehlbar ist die so weitgehende Bewegungsfreiheit des Fliegerbündlers auf die Unschärfeleistung des betreffenden Fliegers zurückzuführen. In der Zelle des Verdächtigen

hat man ein mit Blut besetztes Messer vorgefunden. Auch

sollten sich auf dem Zwischenweg Blutspuren befinden.

Delitzsch i. V. Wegen unberechtigter Erhebung von

Kriegsunterstützung nach erfolgter Entlassung aus dem

Heeresdienste wurden ein bisher Arbeitender und seine Ehe-

frau, sowie seine Tochter zu Gefängnisstrafen von 2 Mo-

nen resp. 2 Wochen verurteilt.

Gersdorf bei Hohenstein-E. Um dem Bodenwucher

entgegenzutreten und die Bautätigkeit nach dem Krieg zu

fördern, beschloß der hiesige Gemeinderat, Grundstücke davon

zu kaufen und sie zu Selbstkostenpreisen an Bau-

lütige abzugeben.

Großbach. Auf der nach Oberriedersdorf führenden

Dieselstraße wurden Lebensmittelknüppel festgenommen,

die "A. Bentner Butter, Mehl, Brot u. a. m. nach Böhmen

geschickt wollten.

Leipzig. Eine stürmische Versammlung fand am

Sonntag abend in Leipzig statt. Graf von Baudissau sollte

vor der Leipziger Ortsgruppe der Vaterlandspartei einen

Vortrag halten über "Unsere Weltmachstellung und Eng-

land". Der Eintritt zur Versammlung, die von vielen So-

zialdemokraten besucht war, mußte schon eine halbe Stunde

vor Beginn polizeilich gesperrt werden. Es waren etwa

4000 Personen anwesend. Als der Redner beginnen wollte,

eroberte sich ein ohrenbetäubender Lärm. Die Sozialdemo-

kraten stimmten den Sozialistenvorwahl an, man schrie, pliss-

trommelte mit Schlämmen und Stöcken u. s. w. Die Sozialde-

mokraten wollten nach dem Vortrag freie Auskünfte. Das

gestattete die Polizei nicht. Länger als eine Stunde dauerten

die Versuche, dem Redner Gehör zu verschaffen. Alles was

vergebens, auch eine Ansprache des Führers der Fortschritts-

lichen Volkspartei. Da der tumult immer bedrohlicher

wurde und in Tätilichkeiten auswarnte drohte, mußte man

die Versammlung schließen, ohne den Vortrag gehört zu

Bemerktes.

Mehr als 1 Million unterschlagen. We-

gen Unterschlagung in Höhe von mehr als 1 Million

Mark wurde der Direktor und weitere drei Beamte der Dill-

felder Filiale der Groß-Einfuhrsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg verhaftet.

Der Eierverkauf

findet wie folgt statt:

Gesch. Wett.-Str. 24 Gesch. Schloßstr. 15

Mittwoch, 23. 1. v. Nr. 1-550 1-450

Donnerstag, 24. 1. : 551-1100 451-900

Freitag, 25. 1. : 1101-1850 901-1850

Sonnab., 26. 1. : 1651-2200 1851-1800

Der Quarkverkauf

findet wie folgt statt:

Gesch. Wett.-Str. 24 Gesch. Schloßstr. 15

Mittwoch, 23. 1. v. Nr. 1-250 1-250

Donnerstag, 24. 1. : 251-500 251-500

Freitag, 25. 1. : 501-850 501-850

Sonnab., 26. 1. f. die in die Kunden-

liste eingetragenen Militärpersonen.

Molkereigenossenschaft Riesa, t. G. m. b. H.

Stadt. Beamenschule zu Riesa.

Die Aufnahmeverprüfung findet am 4. Februar vorw. 8 Uhr statt. Anmeldungen bis spätestens 3. Febr. erbeten.

Vordruck zur Anmeldung kostenlos durch

den Beamenschuldirektor.

herzinnigen Dank.

Gröba, 18. Januar 1918.

Leopold Haffelbach und Frau.

Für die zahlreichen ehrenden Geschenke und

Glückwünsche, die uns an unserer silbernen

Hochzeit von allen Seiten zuteil wurden, sagen

wir nur herzlich

empfiehlt

Max Thieme.

durch Unglücksfall von uns genommen wurde.

In unsagbarem Schmerze zeigen dies tief betrübt an

die trauernde Mutter Wilhelmine verm. Thieme

nebst Hinterbliebenen.

Döbel, den 22. Januar 1918.

Tag der Beerdigung wird noch bekannt ge-

geben.

Montag abend ver-

schied unerwartet fand

und ruhig unsere liebe

Mutter, Schwieger- u.

Großmutter, Schwie-

ger und Tante, Frau

Ernestine

verw. Scheinert

geb. Weier

im 66. Lebensjahr.

Dies zeigen tief-

betrübt an

Familien A. Kaiser

und C. Scheinert nebst

überlebenden Hinterbliebenen.

Riesa, Standesamt 11.

Die Beerdigung fin-

det Freitag 12 Uhr

von der Halle aus statt.

Die heutige Nr. umfaßt
4 Seiten.

Nach langem mit großer Geduld ertragten Leiden entschlief sanft

am Sonntag abend im Krankenhaus zu Riesa unsere geliebte gute Mutter,

Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Ernestine verw. Friedrich

geb. Kü